



FABRIK-ZEITUNG KLASSE GEGEN KLASSE! GEGEN AUSBEUTUNG FÜR SOZIALISMUS!

Ausgabe Nr. 14 Januar 2018

Zur laufenden Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie **Tarifstreit wird Klassenkampf wenn wir unsere Sache in die eigenen Hände nehmen!**

Seit 15./16. November läuft die Tarifrunde für 3,9 Millionen Beschäftigte der Metall- und Elektroindustrie. Die Lohnforderung der IG Metall von sechs Prozent ab 1. Januar 2018 bei einer Laufzeit von 12 Monaten grenzt angesichts sprudelnder Gewinne in der größten deutschen Industriebranche an Unverschämtheit – Da gibt's auch reichlich Unmut in den Belegschaften. Aber Unmut allein reicht nicht!

Wandeln wir Unmut in Wut und Widerstand! Wenn wir in Zukunft nicht unsere über Jahrzehnte erkämpften Errungenschaften nach und nach profitgierigen Kapitalisten in den Rachen werfen wollen, müssen wir endlich zusammen kämpfen!

Außer mehr Geld fordert die IG Metall die Möglichkeit, befristet die Arbeitszeit auf 28 Stunden pro Woche reduzieren zu können. Allerdings nur individuell und nur für SchichtarbeiterInnen, gesundheitlich Belastete, KollegInnen mit Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen soll der Lohnausfall teilweise ausgeglichen werden.

Für uns ArbeiterInnen ist diese zweite zentrale Forderung der IG Metall zur flexiblen Arbeitszeitverkürzung trotzdem wichtig. „Unsere“ IG Metall bereitet nämlich so die soziale Abfederung bevorstehender Arbeitsplatzvernichtung vor. Industrie 4.0 inklusive Digitalisierung der Arbeit und neuen Mobilitätskonzepten wird die Autoindustrie komplett durcheinander wirbeln. Mit brutalen Auswirkungen auf unsere Arbeitsbedingungen.

Zum Beispiel braucht die Produktion von Elektromotoren bedeutend weniger ArbeiterInnen. Allein beim größten deutschen Hersteller, VW, so Spiegel Online,

„befürchten Vertreter der IG Metall, könnten zehn bis 15 Werke überflüssig werden“.

Verschiedene Wirtschafts- und Industrieexperten gehen vom Verlust von 300 000 bis zu einer Million Arbeitsplätzen aus. In dieser Situation schlägt die IG Metall einen individuellen Anspruch für ArbeiterInnen vor, die Wochenarbeitszeit befristet auf zwei Jahre auf 28 Stunden verkürzen zu können – **anstatt die politisch richtige Forderung nach kollektiver Arbeitszeitverkürzung für alle wieder auf die Tagesordnung zu bringen!**

Was die IG Metall anstrebt, ist etwas anderes. Wenn Hunderttausende Arbeitsplätze abgebaut werden müssen, werden Gewerkschaft und betriebliche Vertreter darauf drängen, einen Großteil dieser ArbeiterInnen nicht zu entlassen, sondern befristet kürzer arbeiten zu lassen, zu entsprechend niedrigeren Löhnen.

Das kennen wir aus der Vergangenheit. Diese Art der Arbeitszeitverkürzung hat sich bewährt, um Arbeitsplatzabbau, Lohnkürzungen und eine Steigerung der „Produktivität“, sprich: Arbeitshetze, durchzusetzen. Z.B. 1994 als bei VW die Vier-Tage-Woche (28,8-Stunden) eingeführt wurde, um 30 000 Entlassungen zu verhindern. Mit ihrem solidarischen Lohnverzicht hofften die KollegInnen die Arbeitsplätze der ganzen Belegschaft auf Dauer erhalten zu können. Fast drei Viertel aller VW-ArbeiterInnen erklärten, für sie bestehe der wichtigste Vorteil des neuen Zeitmodells darin, dass „Arbeitsplätze gesichert werden“. Allerdings brachte diese Arbeitszeitverkürzung auch eine enorme Flexibilisierung mit sich. Und so bekam der Konzern eine rund um die Uhr verfügbare Belegschaft, deren Arbeitszeiten genau zu den

Schwankungen der Produktionserfordernisse passten. Außerdem mussten mit der Verkürzung der Wochenarbeitszeit die ArbeiterInnen rund 16 Prozent Lohneinbußen hinnehmen.

Ein weiteres Beispiel zum Thema Arbeitszeitverkürzung im Sinne des Kapitals ist brandaktuell: Seit 1. Januar 2018 gilt bei den Duisburger Hüttenwerken Krupp-Mannesmann ein „Zukunftstarifvertrag“, der die Arbeitszeit von 35 auf 32 Stunden (bezahlt werden 32,75 Stunden) senkt. Dafür sollen die angedrohten betriebsbedingten Kündigungen bis Ende 2025 ausgeschlossen sein.

Auch die Kapitalisten sind am Thema Arbeitszeitflexibilisierung interessiert, natürlich zu ihren Gunsten:

Kurz vor dem Start der Metall-Tarifverhandlungen haben die sogenannten Wirtschaftsweisen eine Lockerung des Arbeitszeitgesetzes gefordert. Der Acht-Stunden-Tag sei „veraltet“. Der „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ forderte die Berliner Parteien auf, das Arbeitszeitgesetz zu lockern.

Die Konzerne haben auf die IGM-Forderung zunächst mit harscher Ablehnung reagiert. Der Präsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall Dulger nannte die

tete Arbeitsverträge ausweiten.

Besonders interessant sind die Argumente, warum die IGM-Forderung nicht erfüllbar sei: Eine Arbeitszeitverkürzung aufgrund besonderer Lebensumstände sei *„in der betrieblichen Praxis schon heute gang und gäbe“*. Klar sei aber auch: *„Wenn einer nur vier Tage arbeitet, dann kriegt er auch nur vier Tage bezahlt.“*

Das Unglaublichste kommt von Gesamtmetall-Chef Dulger: **„Ein Angebot zum Lohnausgleich für eine verkürzte Arbeitszeit kann es nicht geben, weil er nicht nur ungerecht ist, sondern aus unserer Sicht auch rechtswidrig.“** Das würde bedeuten, **„dass zwei Beschäftigte für die gleiche Arbeit unterschiedlichen Lohn bekommen“**.

Na sowas! Kapitalistenverhandlungsführer will gleichen Lohn für gleiche Arbeit... Na dann mal los, Herr Dulger! Wir nehmen Sie beim Wort!

Seiten können wir füllen mit Beispielen für unterschiedliche UNGERECHTE Bezahlung. Stichwort Leiharbeit, Werkverträge Lohnungleichheit bei Männern und Frauen. Wegen der aktuellen Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie – erst einmal eins dazu:

Immer noch arbeiten ArbeiterInnen in Ostdeutschland zu schlechteren Bedingungen als westdeutsche: Herr Dulger, was sagen Sie - als Experte für „gerecht“ - zu diesem Thema?

Wir sagen: Die 35-Stunden-Woche muss als Voraussetzung für den gemeinsamen Kampf um weitere Arbeitszeitverkürzung endlich in Ost UND West gelten. Wir dürfen diese Spaltung nicht länger hinnehmen. Die IG Metall will in der aktuellen Tarifrunde durchsetzen, dass der Arbeitgeberverband, belastbare Verhandlungen aufnimmt. **Das reicht uns nicht! Gemeinsam kämpfen jetzt!**

Die Arbeitgeber bieten ein Lohnplus von zwei Prozent und eine Einmalzahlung von 200 Euro. Die Forderung der IG Metall zur Arbeitszeit konterte Dulger mit einem Gegenvorschlag: Derzeit dürften je nach Tarifgebiet 13 oder 18 Prozent der Belegschaft bis zu 40 Stunden arbeiten. *„Diese Begrenzung kommt weg, und wir können mit den Mitarbeitern frei vereinbaren, dass sie länger arbeiten dürfen, wenn es im Betrieb Bedarf gibt und die Beschäftigten länger arbeiten*



Forderung „völlig weltfremd“ Über Flexibilisierung könne durchaus verhandelt werden, *„dann aber bitte in beide Richtungen und ohne Anspruch“*. Außerdem wollen Kapitalistenverbände, dass die Ruhezeit zwischen zwei Arbeitstagen von 11 auf neun Stunden gekürzt wird. Die 60-Stunden-Woche soll nicht mehr auf sechs Monate begrenzt sondern unbegrenzt möglich sein. Und da sie schon dabei sind, wollen sie auch die Überstundenzuschläge kürzen. Die Möglichkeiten für befris-

wollen. Dafür soll es natürlich auch entsprechend mehr Geld geben. Wir wollen flexible Arbeitszeitmodelle vereinbaren dürfen, wenn nach oben, dann geht auch nach unten."

Das war klar, dass die Herren ihren Traum von ArbeiterInnen auf Abruf, rund um die Uhr bereit, für ihre Chefs zu springen, nicht aufgeben ...

Ein möglicher fauler Kompromiss am Ende dieser Tarifrunde könnte so aussehen: Außer der individuellen Arbeitszeitverkürzung bei entsprechendem Lohnzuschuss bzw. entsprechender Lohnsenkung wird auch das Gegenteil möglich. Überall dort, wo die Fabriken ausgelastet sind, müssen ArbeiterInnen absolut flexibel 50, 60 und mehr Stunden pro Woche schuften.

Das soll die Arbeitszeit der Zukunft sein?

OHNE UNS!

Die Forderung nach individueller 28-Stunden-Woche überführen in den Kampf um Arbeitszeitverkürzung für alle bei vollem Lohn- und Personalausgleich! Dazu müssen wir uns zusammenschließen und Forderungen im Interesse von uns allen stellen!-Forderungen, die tatsächlich unsere Lage verbessern!

Mehr Geld in der Tasche für harte Arbeit und steigende Lebenskosten!

Arbeitsbedingungen dürfen uns nicht krank und kaputt machen!

Kämpfen wir vereint für höhere Löhne, kürzere Arbeitszeiten, gegen Arbeitshetze, für Feststellungen und für das Verbot von Leiharbeit!



Bilden wir eigene Streik- und Kampfkomitees! Wir müssen unsere eigenen Interessen selbst durchsetzen!

Die Gewerkschaftsbonzen und Funktionäre kämpfen schon seit langem nur für einige privilegierte Schichten der ArbeiterInnen und ihre eigenen Interessen. Sie kämpfen nicht für die Interessen von uns allen!

So hat der Betriebsratsvorsitzende des Nutzfahrzeugwerks von VW, Thomas Zwiebler, Anfang Januar mitten in der Tarifverhandlung sein Mandat niedergelegt – um ins Management zu wechseln.

Schluss mit Sozialpartnerschaft und faulen Kompromissen!

Was macht Bossen und Bonzen Dampf?

Klassenkampf!



Siemens, ThyssenKrupp & Co Arbeitsplatzvernichtung für mehr Profit

Der gewaltige Fortschritt von Technologie und Wissenschaft sowie die Globalisierung der Produktion haben die objektiven Voraussetzungen geschaffen, um alle Menschheitsprobleme zu lösen - Armut, Hunger, Rückständigkeit, Umweltzerstörung. Doch in den Händen profithungriger Kapitalisten verwandeln sie sich ins Gegenteil. Sie dienen dazu, die Ausbeutung zu steigern und neue Kriege zu führen.

Damit die gewaltigen Spekulationsblasen an den Finanzmärkten nicht platzen und die Aktienkurse weiter steigen, werden Millionen ArbeiterInnen entlassen und die restlichen immer brutaler ausgebeutet.

Siemens-Chef Kaeser erfüllt dieses Diktat des Kapitalmarkts, wenn er den Konzern zerlegt. Dasselbe gilt für ThyssenKrupp-Chef Hiesinger, wenn er „auf Druck seines Investors Cevian das Stahlgeschäft in ein Joint Venture mit der indischen Tata-Gruppe“ einbringt.

an die „soziale Verantwortung“ des Konzerns und forderten einen Dialog über alternative Konzepte. IG-Vorstandsmitglied und Siemens-Aufsichtsrat Kerner versprach, sie würden „nicht auf der Grundlage von Schließungsplänen verhandeln“. Die Gesamtbetriebsratschefin Birgit Steinborn beschwor die „soziale Verantwortung“ des Vorstands, forderte eine Zusammenarbeit mit der IG Metall für eine vernünftige Firmenstrategie und erklärte: „Wir haben im Gesamtbetriebsrat ein Motto: Wir für den Standort Deutschland!“ Dieser deutsche Standortnationalismus dient dazu, uns ArbeiterInnen zu spalten und zu verhindern, dass wir uns mit den internationalen Belegschaften gegen die Angriffe des globalen Konzerns zusammenschließen. So hatten „unsere“ Gewerkschaftsvertreter bei der Kundgebung kein Wort übrig für die andere Hälfte der 7 000 Entlassungen, die unsere KollegInnen unter anderem in US-amerikanischen Werken treffen werden.



Die Konzerne sind selbstverständlich auf die Stärkung ihrer Stellung auf den globalen Märkten ausgerichtet. Und so verabschiedet Siemens auch letzte Reste „sozialer“ Firmenpolitik. Wer unter diesen Umständen behauptet, man könne die Arbeitsplätze erhalten und gleichzeitig den Kapitalismus verteidigen, wie es die IG Metall, SPD oder Linkspartei tun, belügt uns.

Trotz eines Rekordergebnisses im vergangenen Geschäftsjahr mit Gewinnen von 6,2 Mrd. Euro erklärte der Siemens-Vorstand die Entlassungen für „unvermeidbar“, weil der Verkauf von großen Turbinen weltweit massiv zurückgegangen sei. „Defizitäre Geschäfte dauerhaft zu subventionieren, wäre verantwortungslos.“

Die IG Metall-Vertreter und Betriebsratsvorsitzenden der verschiedenen Standorte appellierten bei der Kundgebung am 24.11.2017 zu der 2 000 SiemensianerInnen aus allen Werken nach Berlin gereist waren,

Gegen die „Sozial-Deals“ von IG Metall, Betriebsratsfürsten und Kapital.

Streik und Kampf!

Verbinden wir die Tarifrunde mit dem Kampf gegen Arbeitsplatzvernichtung und Spaltung!

Wir kämpfen nicht nur für uns an diesem und jenem Standort.

Unser Kampf für unsere gemeinsamen Interessen, standortübergreifend, international!